



Presseinformation

Nr. 231/2004

Kiel, Donnerstag, 29. September 2005

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Handel mit CO₂-Emissionslizenzen

Günther Hildebrand: „Emissionshandel ist besser als EEG.“

In seinem Beitrag zu **TOP 38** (Emissionshandel) sagte der umweltpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Günther Hildebrand**:

„Theoretisch ist der Handel mit verbrieften Verschmutzungsrechten das effizienteste Verfahren, um Verschmutzung zu begrenzen und zu verringern—er folgt zutiefst liberalen Prinzipien: Der Staat definiert Eigentumsrechte und überlässt es anschließend den Eigentümern, wie sie damit umgehen. Und so verwirklichen die Eigentümer die vom Staat verfolgten Ziele grundsätzlich gerade dann am besten, wenn sie ihren eigenen Interessen nachgehen.“

Selbstverständlich ist der Emissionshandel kein perfektes umweltpolitisches Instrument um den Ausstoß von CO₂ zu begrenzen oder zu verringern—aber von den tatsächlichen ist es das Beste.

Und es wird ständig verbessert:

- Vor drei Tagen hat die Europäische Energiebörse den Start des Terminhandels angekündigt: Dies stärkt die Effizienz des Lizenzmarktes erheblich.
- Vor zwei Tagen hat die Europäische Kommission einen Plan vorgelegt, den Luftverkehr in den Emissionshandel einzubeziehen. Wenn man den CO₂-Ausstoß im Luftverkehr verringern möchte, dann wäre dies der sinnvollste Weg.

Wir erwarten nach knapp zehn Monaten Emissionshandel noch nicht, dass alles klappt—schon gar nicht, dass bereits Nutzen für Umwelt und Wirtschaft gemessen werden können. Folglich beschränkt sich der Bericht auf beschreibende Statistik. Was kommt dabei heraus?

- Verglichen mit dem Anteil Schleswig-Holsteins an der deutschen Wirtschaftskraft oder der Bevölkerung ist Schleswig-Holsteins Wirtschaft unterdurchschnittlich betroffen.

Wolfgang Kubicki, MdL

Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Veronika Kolb, MdL

www.fdp-sh.de

Das sollte niemanden überraschen, denn bei uns sind emissionsintensive Betriebe vergleichsweise selten.

- Bei Betrieben, die teilnehmen müssen, aber nur sehr wenig CO₂ emittieren, steht der gesellschaftliche Vorteil aus der Vermeidung von CO₂ in einem sehr ungünstigen Verhältnis zum betrieblichen Aufwand für den Emissionshandel.

Daher begrüßen wir es, dass die Landesregierung für Mindestemissionen als Voraussetzung für die Teilnahme am Emissionshandel eintreten will. Das würde viel Bürokratie abbauen, ohne die deutschen Leistungen bei der Vermeidung von CO₂-Emission merklich zu verringern.

Schon vor Beginn des Emissionshandels war eines klar: Sobald der Handel funktionieren würde, leistete die Förderung erneuerbarer Energieträger mit der Einspeisevergütung nach dem EEG zur Begrenzung oder Verringerung des CO₂-Ausstoßes *keinen Beitrag mehr*.

Denn die CO₂-Emissionen werden durch die Zahl der vorhandenen Lizenzen bestimmt. Die einzige Möglichkeit, den CO₂-Ausstoß in den betroffenen Branchen darüber hinaus zu verringern, besteht darin, Emissionslizenzen zu kaufen und sie dann nicht zu benutzen.

Ferner ist die CO₂-Vermeidung mit dem EEG um ein Vielfaches teurer als mit Emissionslizenzen. Beim heutigen Tagespreis für eine Lizenz zur Emission von einer Tonne CO₂, 22,73 €, ist die CO₂-Vermeidung mittels EEG ca. 1200% oder 12 mal so teuer wie die Vermeidung in Folge des Emissionshandels.

Deshalb sollte die Förderung des EEG bereits kurzfristig durch ein marktkonformes und damit effizienteres Instrument ersetzt werden—ganz ähnlich dem Emissionshandel. Die FDP hat bereits im Februar 2001 einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht:

- Netzbetreiber und Eigenerzeuger werden verpflichtet, eine Mindestmenge Strom aus erneuerbaren Energiequellen durchzuleiten bzw. zu nutzen.
- Sie werden selbstverständlich versuchen, diese Verpflichtung zu minimalen Kosten zu erfüllen.
- Da die schleswig-holsteinische Windkraftindustrie zu den preiswertesten Produzenten von Strom aus erneuerbaren Energien in Deutschland gehört, erreichten wir damit für Schleswig-Holstein wirklich eine doppelte Dividende: Erstens würde der Einsatz erneuerbarer Energien wirkungsvoll gefördert— und zweitens unsere Windkraftindustrie gestärkt.

Denn heutzutage wird unsere Windkraftindustrie durch die EEG-Förderung gegenüber ineffizienten Anbietern benachteiligt: Schließlich werden mit dem EEG auch jede Menge Windmühlen an windarmen Standorten gefördert.

Und das ist wirtschafts- und umweltpolitischer Unsinn, auf den ganz Deutschland verzichten sollte.“

* European Energy Exchange, www.eex.de, am 29.09.05 um 12.19 Uhr.